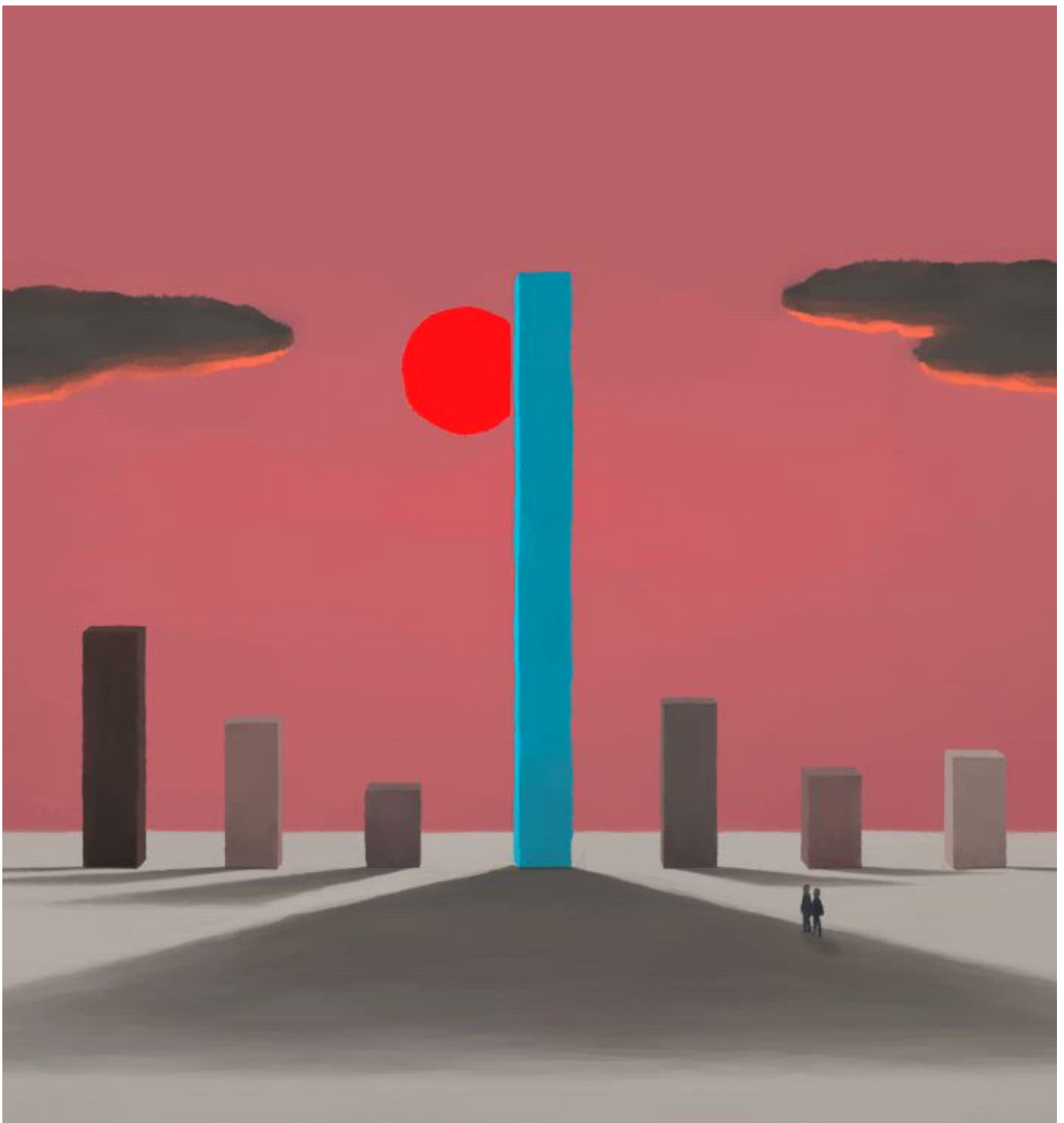
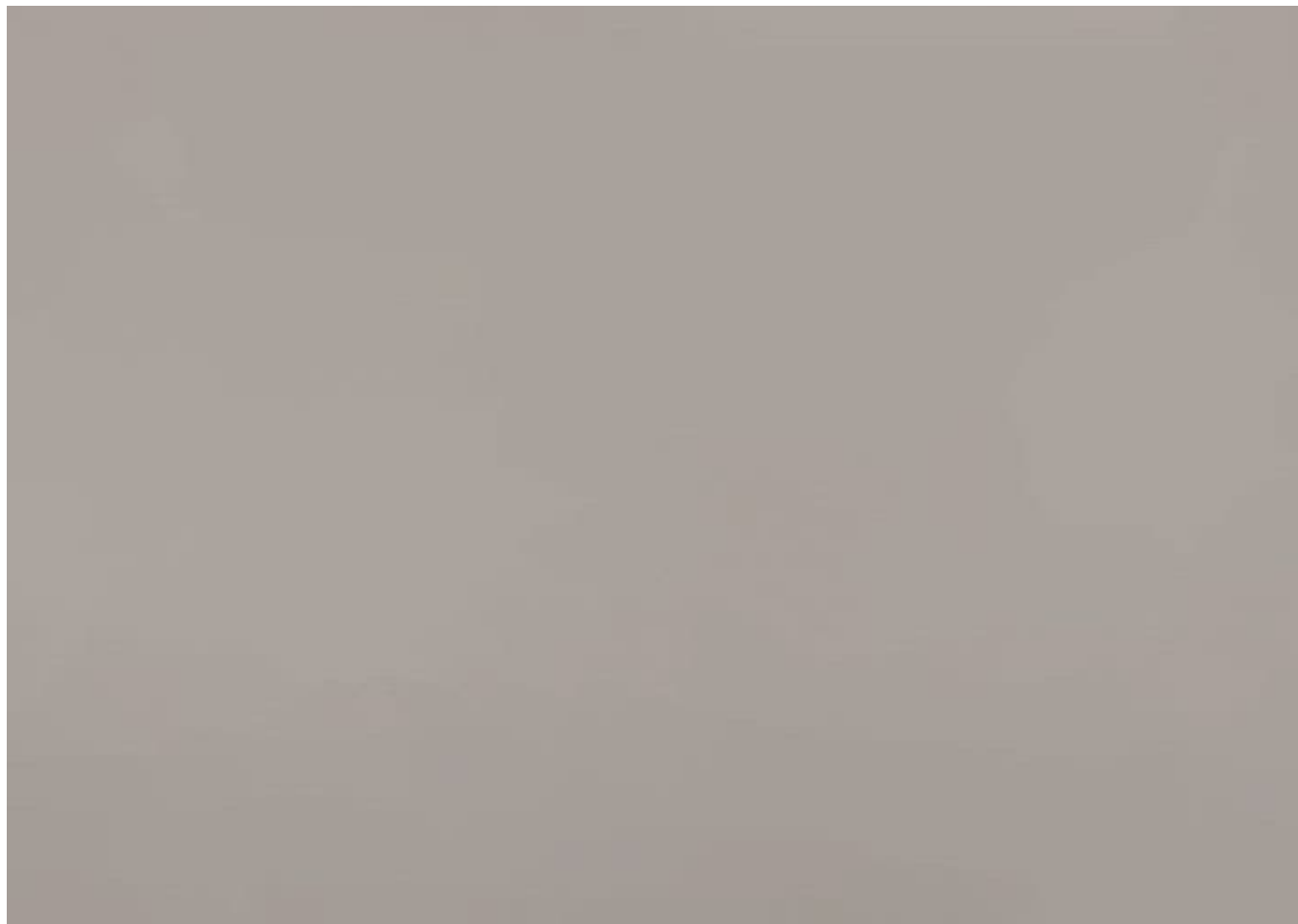
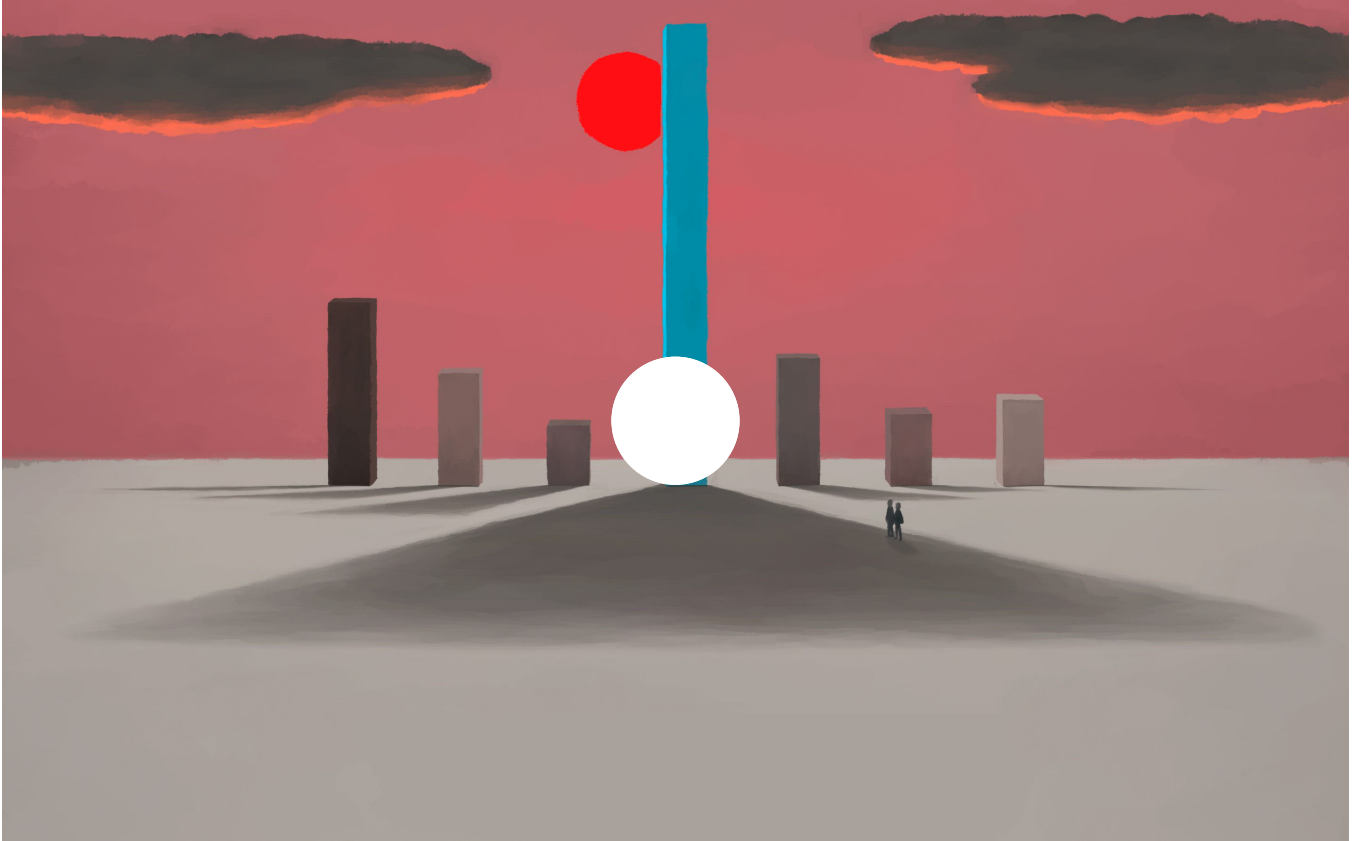


Nach der Dämmerung kommt die Finsternis

Wenn AfD-Politiker über die Ausweisung ganzer Bevölkerungsgruppen nachdenken, haben Ironie und Hoffnung ausgedient. Wer vernünftig ist, rechnet mit dem Schlimmsten – und kämpft für die deutsche Demokratie.







19. Januar 2024 - 8 Min. Lesezeit

An einem warmen Abend im Mai 1940 lag der Erfolgsschriftsteller Lion Feuchtwanger auf der Ottomane in seinem zauberhaften Haus in Sanary-sur-Mer. Im Radio lief gerade die Nachricht, dass die Besatzer in Paris angeordnet hätten, alle dort ansässigen deutschen Staatsangehörigen im Alter von siebzehn bis sechsundfünfzig Jahren müssten sich an einem bestimmten Ort efinden, um interniert zu werden. Feuchtwanger blieb

liegen, instruierte sich selbst, keine Panik zu haben. Natürlich gehörte auch er zu den Emigranten mit deutschem Pass, die Gestapo war ihm längst auf den Fersen. Die Abenddämmerung fiel auf die Bücher und die Möbel – ein bukolischer Albtraum. Feuchtwanger war verführt, die Bedrohung abzumoderieren, Paris lag ja weit weg und hier an der Côte d'Azur waren die Deutschen eigentlich nur durch die absichtlich etwas trügen Beamten des Vichy-Regimes vertreten: „Aber ein inneres Wissen sagte mir gleichzeitig, daß diese vernünftigen Erwägungen Unsinn seien. Von Beginn des Krieges an war immer das Schlechte eingetroffen, das man befürchtete, nie das Gute, das man gehofft hatte.“

Was sich danach an Schrecklichem ereignete, hat Lion Feuchtwanger in seinem autobiografischen Text, „Der Teufel in Frankreich“, eindrucksvoll beschrieben. Kaum jemand kennt dieses für Feuchtwangers Verhältnisse schmale Buch. Aber man sollte es wieder lesen – auch als Parabel auf die trügerische Verführung, die Abenddämmerung als idyllisches Stimmungsbild und nicht als Vorspiel auf die Finsternis zu sehen.

Nein, in unserem schon ziemlich dämmerigen Deutschland wird in absehbarer Zeit keine dunkle Macht die Regierungsgeschäfte übernehmen, jedenfalls nicht im Bund. Es wird keinen Kanzler Höcke geben und keine Außenministerin Weidel, nicht einmal einen Staatssekretär Chrupalla. Es mag vieles, vielleicht allzu vieles in diesem Land ins Rutschen gekommen sein. Gewissheiten wurden beerdigt, Übereinkünfte zurückgenommen, Umgangsformen über Bord geworfen. Doch ein, zwei stabilisierende Wahrheiten darf man schon noch reklamieren. Der Rechtsstaat ist weiterhin stark, das Grundgesetz in allen Artikeln verwirklicht, und wenn Querdenkende das Gegenteil behaupten, ist dies der beste Beweis für die Stärke dieser Demokratie. Und trotzdem schwinden die Gründe, in dieses Jahr mit seligem Optimismus zu starten.

Die Zuversicht gehört zum Inventar der Neujahrswunschkultur. Ein junges Jahr hat mehr Aussichten, ein gutes Jahr zu werden, als ein fortgeschrittenes, das ist bei Jahren und Menschen dasselbe. Aber 2024 steht vieles von dem, was unseren Begriffen von Freiheit, Recht und

Menschlichkeit einen staatlichen und gesellschaftlichen Rahmen gegeben hat, auf dem Spiel.

Man kann sich, je nach perspektivischer Reichweite, beinahe aussuchen, welches Schattenpanorama die verheerendste Auswirkung auf die eigene Lebenswelt haben könnte. Ob man also seine Furcht aus der Möglichkeit bezieht, dass Donald Trump in diesem November zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt wird und in einem gewohnt irren Aufkündigungsfuror die Klimapolitik durch den Schornstein jagt, die amerikanische Demokratie in eine Diktatur des eiteln Irrsinns verwandelt oder die Ukraine dem territorialen Allesfresser Putin vor die Füße schmeißt. Oder ob man aus dem täglich in neue Brandherde auslaufenden Nahostkrieg die Angst nährt, eine weltengefährdende Konfrontation der Supermächte könne aus ihm erwachsen. Der auf militärische Entladung wartende Konflikt zwischen China und Taiwan ist dabei noch gar nicht auf der Rechnung.

Die Repräsentanten des Staates werden niedergebrüllt, der Kanzler soll nicht sprechen: Wohin führt das?

Und ja, die parallel zur bundesweiten Zustimmung an Radikalität und unverblümter Systemverachtung zulegende AfD ist leider mehr als ein unappetitlicher Vogelschiss der jüngsten Geschichte. Sie könnte allein durch eine Stimmenmehrheit bei den kommenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg ein Etappenziel erreicht haben, nämlich dass dieses Land ein anderes sein wird. Eines, in dem die Demokratie beschädigt und die Gesellschaft vollends gespalten sein wird. Ein Teil von ihr verachtet die Repräsentanten derart kompromisslos, dass sie ihnen auf Veranstaltungen das Wort zurück in den Mund brüllen. So geschehen dieser Tage in Berlin, als Christian Lindner – übrigens mit reichlich verrutschtem Populismus – versuchte, die rasenden Bauern in den Dialog zu holen. Inzwischen ist es offenbar ein Teil der neuen Normalität, dass Repräsentanten des Staates das Rederecht verweigert wird und sogar dem Bundeskanzler nahegelegt wird, bei der Gedenkfeier für Franz Beckenbauer gar nicht erst das Wort zu ergreifen, weil das

ohnehin zorngepeitschte Publikum komplett durchdrehen könnte.

Pessimismus ist eine lähmende und relativ unnütze Gemütsstimmung, wenn er sich mit der düsteren Aussicht begnügt. Er kann, im Gegenteil, ein eingebautes Warnsignal sein, eine innere Zugkraft, die einen zu Wachsamkeit und dem Willen zur Veränderung aufruft. Der Blick auf die Vergangenheit und die scheinbar zwangsläufigen Wege ins Unglück kann erhellend sein, selbst wenn man zunächst auf eine dicke dunkle Wolke stößt.

Walter Benjamin, der große tragische Zeichenleser und Geschichtsfatalist, hat den Angelus Novus, die kleine Zeichnung von Paul Klee aus dem Jahr 1920, als den Engel der Geschichte gedeutet. Man sieht einen Engel mit markantem Gebiss, der auf den Betrachter starrt.



Foto: IMAGO/Heritage Images

Benjamin begreift ihn als ein vom Schrecken geschütteltes Flügelwesen, denn sein entsetzter Blick sei in Wahrheit nach hinten gerichtet, auf die Trümmer der Geschichte, eine heillose, immerwährende Aussicht auf Zerstörung und Tod. Ein Sturm, erlösungsverheißend aus dem Paradiese kommend, treibt ihn nach vorne, aber der Engel sieht alles

Vergangene als Katastrophe. Vor dreißig Jahren war dieser beziehungsreiche Aufsatz ein ergiebiges Prüfungsthema im Wahlfach Philosophie, man legte engagiert und schlüssig die Querverweise dar, ging danach ins Atzinger hinter der Münchner Uni und lachte über die Kohl-Parodien der Fernsehkabarettisten. Der Schrecken der Vergangenheit war in den Geschichtsbüchern aufgehoben.

In letzter Zeit ist das ein bisschen anders geworden. Seit einem knappen Jahrzehnt beginnen wir zu verstehen, dass Ereignisse, deren Eintreten wir mit unserer demokratischen Behaglichkeitsbiografie nicht für möglich gehalten haben, trotzdem stattfinden können. Zwei Optimismus-Widerlegungen aus der jüngeren Geschichte: Wer auch nur für annähernd wahrscheinlich gehalten hätte, dass sich Großbritannien für den Austritt aus der EU entscheiden würde, galt als politischer Schwarzmaler. Eine Knalltüte wie Nigel Farage und ein paar andere Demagogen reichten dann aus, um das Land zu isolieren.

Des prophetischen Verdunkelungsfetischismus wurde auch bezichtigt, wer 2016 allen Ernstes damit rechnete, dass Donald Trump im Herbst die Wahl zum Präsidenten der USA für sich entscheiden würde. Es kam, wie es kam, und in diesem November kann sich dieser Vorgang mit wachsender Wahrscheinlichkeit wiederholen. Für Optimisten ist im Augenblick wenig Futter in der Scheune.

Berlin, am Jahresanfang, ein Abend im kleinen Kreis, es gibt Hammel und Rotwein, unter den Gästen ist ein türkischer Dissident, der in seinem Heimatland als Kritiker Erdoğan's zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt wurde und nun in Deutschland lebt, bislang relativ sicher, wobei das Relative immer stärker ins Gewicht fällt. Der Mann kann sich in bestimmten Gegenden Berlins nicht frei bewegen, dort nämlich, wo die Anhänger seines Todfeindes Erdoğan sein Gesicht kennen und tätlich werden gegen ihn. Er ist deshalb in einen Stadtteil gezogen, der nicht Kreuzberg heißt. In Berlin vermag man sich nötigenfalls räumlich Distanz zu schaffen, besser: vermochte. Denn in diesem Jahr, sagt der Dissident, sei alles anders geworden für ihn und seine Frau. Der Grund dafür ist die

AfD, jene Partei, die sich geheim und halböffentlich mit Überlegungen des Rechtsextremisten Martin Sellner befasst, Ausländer und Asylbewerber nach Nordafrika zu deportieren, und Deutsche, die sich für die Rechte Geflüchteter starkmachen, gleich mit.

Mit Ironie erreicht man gar nichts. Stattdessen sollten die Demokraten jetzt anfangen zu kämpfen

Zum ersten Mal, sagt der Dissident, habe er das Gefühl, nicht mehr sicher leben zu können, und weil dieses Gefühl wachse, anstatt zu schrumpfen, werde er gemeinsam mit seiner Frau demnächst in ein anderes Land ziehen. Und dann stellt einer die Frage, was er, der ja in seinem Land für seine Ansicht von Freiheit und Rechtsstaat ins Gefängnis gesteckt wurde, was also der Exilant uns raten würde. Die Antwort: „Ihr müsst jetzt anfangen, für eure Demokratie zu kämpfen.“

Das ist ohne Zweifel geboten. Denn bislang haben wir immer nur ungläubig gestaunt. Es gab bei jeder neuen Wahlprognose mit gefährlich aufragenden blauen Balken das ironische Schaudern, verbunden mit dem ironischen Gedankenspiel, wohin man denn flüchten könnte, wenn Björn Höcke Ende dieses Jahres die Reichsweihnachtsansprache hält. Nach Italien? Da wird man jetzt schon mit dem Saluto Romano begrüßt, der erhobenen Hand der Mussolini-Faschisten, eine Gespenster-Wiederkehr. Nach Frankreich? Da wartet Marine Le Pen darauf, Ende 2027 die Auflösungsverträge mit der EU und der Nato zu unterzeichnen und die ohnehin stark abgekühlte Zuneigung zu Deutschland endgültig auf die Temperatur von 1945 zu setzen. In die USA? Dort könnte demnächst Donald Trump das erste Modell der systematischen Demokratieersetzung vorstellen, nur gut, dass der Kanzler das Ziel hat, die AfD bis 2025 auf den Wert von 2021 zurück zu setzen.

Ironie war immer schon eine unglückliche Wahl, wenn Demokraten gefordert sind, ihre Feinde zu bekämpfen. Das hat auch Kurt Tucholsky schweren Herzens begreifen müssen, als er nach Hitlers Machtantritt den

letzten und kürzesten Text seines Lebens in sein Notizbuch schrieb respektive zeichnete: Eine symbolische Treppe mit den drei Stufen Sprechen – Schreiben – Schweigen. Ist das zwangsläufig der kurze und triste Weg, den Demokraten gehen müssen?

Geschwiegen haben bislang allzu laut diejenigen, denen der Zuwachs an nationalistischer Vulgarität zunehmend Unbehagen bereitet hat. Aus dem Unbehagen ist echte Sorge geworden, aus der Sorge die Wahrnehmung, dass die Lust an der Entgrenzung ansteckend ist; dass jüdische Bürger in diesem Land nicht mehr vorschriftsmäßig beruhigt sind, wenn Kanzler, Regierender Bürgermeister und andere mild lächelnde Nichtgemeinte preiswerte Losungen wie „Nie wieder ist jetzt“ und „Antisemitismus hat keinen Platz in unserem Land“ ausgeben. Das Gegenteil ist der Fall: Der Antisemitismus beansprucht mehr Platz als zuvor und spricht jeder Phrase Hohn. „Man nimmt nicht hinreichend wahr, wie ernsthaft die Bedrohungen für die Demokratie inzwischen geworden sind“, sagt Thomas Haldenwang, der Präsident des Verfassungsschutzes. Warum eigentlich nicht? Man muss doch nur hinsehen.

Denn inzwischen sind die allseits Zürnenden in die Phase eingetreten, da sich politische Willensbildung auf den Straßen und, wie zu Jahresbeginn in Schleswig-Holstein geschehen, an Fährhäfen vollzieht. Kritik an der Regierungspolitik scheint kaum noch denkbar, ohne dass die Kritiker das gesamte politische System infrage stellen. In den digitalen Gezänkanstalten wurde der Hass schließlich jahrelang einstudiert, jetzt feiert er donnernd Premiere in der Wirklichkeit und wird von der AfD, der Spezialagentur für Hetze, Demagogie und Demokratieverachtung, bewirtschaftet. Zornige Bauern, in professioneller Wutbegleitung von Rechtsextremen, wollten den Wirtschaftsminister zum Gespräch bitten. Wie dieses Gespräch ausgesehen hätte, wären auch nur zwanzig von ihnen auf das Schiff gekommen, kann man sich gut vorstellen. Um sich darüber hinaus auszumalen, was eine physische Attacke auf Robert Habeck für die Stabilität dieser Demokratie bedeutet hätte, muss man kein Politologe sein. Und man braucht auch kein Linguist zu sein, um zu begreifen, dass die Bemerkung von Friedrich Merz, die Aggression sei

„nicht in Ordnung gewesen“, eine besonders klägliche Strophe im Abgesang auf die Solidarität unter Demokraten war.

Von den Brandmauer-Sachverständigen um Merz ist eher wenig zu erwarten, wenn Widerstand gegen die AfD und ihre Claqueure geboten ist, übrigens auch gegen ihre Wähler, denen man gerne die Verantwortung abnimmt, weil sie halt irgendwie unzufrieden sind. Ein anderer, jüngerer und weiserer CDU-Spitzenmann, Daniel Günther, hat auch denen, die der AfD ihre Stimme geben wollen, jetzt eine Absage an ihre dumme und gefährliche Protestlarmoyanz erteilt. Das Treffen der Dunkelmänner und Dunkelfrauen mit dem österreichischen Nazi-Mastermind Martin Sellner im Landhaus Adlon in Potsdam könnte immerhin den Vorzug haben, dass immer mehr Leuten begreiflich wird, wie dringend die AfD diesem Land einen Totalschaden zufügen möchte. Und wenn man diesen Worst Case zur Geschäftsgrundlage nimmt, ergibt sich daraus die längst überfällige Motivation, dieser Partei und ihren Anhängern die Stirn zu bieten.

Prompt gingen in den vergangenen Tagen Zehntausende auf die Straße. Und es war sehr schön, einmal keine Fäkalien abladenden Wutbauern, keine mit Galgen prozessierenden Haut-ihnen-auf-die-Fresse-Deutschen auf der Straße zu sehen. Sondern von gesundem Pessimismus aufgerüttelte Menschen, die das Natürlichste und Normalste tun, nämlich der Vernunft den Vorzug vor den verführerischen Vereinfachern zu geben, die mit alten Lösungen jenes heillose Chaos hervorbringen wollen, auf das Walter Benjamins Engel mit so viel Entsetzen blickt.



Foto: IMAGO//IMAGO/Funke Foto Services

Text: Hilmar Klute, Digitales Storytelling: Olivia von Pilgrim

Diese Geschichte teilen